

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsort: Leipzig, Nr. 20.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postfachkonto: Dresden 1389
Stroßlaß Riesa Nr. 12.

Nr. 223.

Montag, 24. September 1923, abends.

76. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7,5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für die Zeit vom 22. bis 29. September 12000000 Mark einschließlich Bringerlohn. Für den Fall des Einretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 33 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Zeilen) 120 Mt.; die 89 mm breite Mellemzeile 400 Mt.; Zeitraumberber und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Der jeweils zur Berechnung gelangende Reklamepreis ergibt sich aus vorstehenden Grundpreisen vervielfältigt mit der am Tage der Aufnahme gültigen Anzeigenschlüsselzahl. Keine Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfallen, durch Klage eingegangen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wichtige Unterhaltungsbeilagen, Erzähler an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt, durch Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Vertriebsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Reklamationsdruck und Verlag: Vanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Weststraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Hoffmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa. Schlußzahl: 30000.

Im Namen des Volkes!

In der Strafsache gegen den Produkthändler Nikolaus Gutmann in Riesa, Hauptstraße 44, hat das Schöffengericht zu Riesa in der öffentlichen Sitzung vom 12. September 1923 für Recht erkannt:
Der Angeklagte Gutmann wird wegen Betrugschens zu 20 (zwanzig) Millionen Mark Geldstrafe verurteilt. Er hat die Kosten des Verfahrens zu tragen.
Amtsgericht Riesa.

Wir geben hiermit bekannt, daß nach endgültiger Entscheidung durch die Kreis-Amtshauptmannschaft Dresden unter Ausübung der vom Kreisaußschuß gewählten je 2 Beisitzer der Vermietungs- und Mieterorganisationen in Riesa, die Zuschläge zur Grundmiete nach dem Reichsmietengesetz auf die Zeit ab 1. 10. 1923 wie folgt festgesetzt worden sind:

Zinseszins	2fache Grundmiete
Betriebskosten als Berechnungsgeld	100 000
Verwaltungskosten	12 000
laufende Instandhaltungskosten	300 000
große Instandhaltungskosten	58 000

Der Rat der Stadt Riesa — Ortsmietenamt —, am 24. September 1923.

Die Woche der Entscheidungen.

Der Reichskanzler hat zu heute Montag die Vertreter des Rheinlandes und des Ruhrgebietes und zum Dienstag die Ministerpräsidenten der Länder nach Berlin berufen, um von Beginn des Reichstags mit ihnen die ausdauernde und innere Lage des Reiches zu beraten und die notwendig gewordenen Entscheidungen zu treffen. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß der passive Widerstand im Ruhrgebiet durch die Verhandlungen mit Frankreich und durch die Finanzlage des Reiches in seiner Widerstandskraft gestützt hat. Bis zum Ende voriger Woche bestand die Aussicht, daß eine Verständigung mit Frankreich, mit der die Aufgabe des passiven Widerstandes in Hand gegangen wäre, zu erreichen sei. Nachdem aber nun offenbar Poincaré den englischen Ministerpräsidenten zur Tauschung seines Programms bewegen hat und nachdem aus Paris der Befehl ergangen ist, daß der französische Botschafter Masereit seine bisherigen Privatunterhaltungen mit dem Reichskanzler Dr. Stresemann abbrechen habe, kann ein für unsere nationale Ehre und unsere nationalen Interessen erträgliches Abkommen für die nächste Zeit kaum erwartet werden. Und so drängt sich für Deutschland die zunächst mehr taktische Frage auf, ob der passive Widerstand unter diesen Umständen voll aufrecht zu erhalten sei, ob er abgebaut oder elastischer gemacht werden muß. Die Entscheidung über diese Fragen liegt beim Rheinland und beim Ruhrgebiet. Der passive Widerstand ist aus dem Volke heraus entstanden und muß vom Ruhr- und Rheinvolk entweder durchgeführt oder abgebrochen werden. Umwählich ist nur ein teilweiser Abbau, ein Verlassen des Stromes in verschiedenen Einzelkäufen oder ein Abbruch nach lokalen Räten und Vermögensständen. Das wäre eine offene Niederlage, über die sich die Franzosen freuen könnten und wäre zugleich ein Verzicht an der durch neun Monate bewiesenen einwilligen und opfermütigen Gesinnung der Rhein- und Ruhrbewohner. Die Führer der Bewegung müssen sich klar darüber sein, ob sie den Widerstand weiterführen können und ob er die ungeheuren Opfer noch lohnt. Es ist eine ganz falsche Beurteilung der Sachlage, wenn man heute sagt, wenn wir den passiven Widerstand nicht durchführen könnten, hätten wir ihn gar nicht anfangen sollen. Der Widerstand, wie er sich im Januar dieses Jahres ganz elementar erhob, war die natürliche Reaktion auf ein unabweisbares Unrecht, das einer friedlichen Bevölkerung angetan wurde. Er allein hat bewirkt, daß dieses Unrecht der Welt zu Gemüte geführt wurde, daß das Unrecht als solches selbst von England und Amerika offen als solches bezeichnet wurde und daß sich die Sympathie und die Achtung der Welt wieder dem deutschen Volke zuwandte. Wenn heute unter anderen Umständen und nach einem langen, auch für den Gegner außerordentlich opferreichen Kampfe, der Kampf abgebrochen werden sollte, so heißt das durchaus nicht, daß sich Rheinland und Ruhrgebiet oder daß sich Deutschland in den Willen der Franzosen fügen. Der passive Widerstand geht nur in den vollstetigen über, der dauern wird, solange Frankreich wider alles Vertrags- und Völkerrecht seine Hand nach den deutschen Ländern ausstreckt.

Die Regierung und der Reichstag werden in dieser Woche zu beschließen haben, in welcher Weise sie ihren Protest und ihre Rechtsverwaltung gegen die französische Vergewaltigung der Welt kundgeben. Und sie werden auch die Einzelheiten des politischen Widerstandes festlegen müssen. Die Regierung kann, das muß mit aller Schärfe betont werden, den passiven Widerstand weder aufheben, noch seine Fortsetzung defraudieren. Das ist Sache der Rhein- und Ruhrländer. Sie kann nur, wie sie es bisher getan hat, den Widerstand als berechtigt anerkennen und ihn finanziell unterstützen. Aber auch diese finanzielle Unterstützung kann sie, wie den Führern offen erklärt worden ist, nicht mehr in der bisherigen Weise leisten, da sonst eine Ordnung unseres Staatshaushaltes und die Schaffung einer Währung zur Unmöglichkeit würde. Es geht daher nicht an, wenn einzelne Führer des Rheinlands in Berlin starke Löse reden und im Rheinland den Abbau des passiven Widerstandes propagieren, im übrigen aber die Entscheidung auf alle Fälle der Berliner Regierung zuschieben. Wie auch die Entscheidungen dieser Woche ausfallen mögen, jedenfalls darf man die Hoffnung hegen, daß sich mentalens in dieser ersten Stunde das deutsche Volk in allen seinen Teilen zu Einheit und Geschlossenheit zurückfindet, denn sonst verbleibt es nicht nur seine westlichen Provinzen, sondern seine Zukunft. Auch wenn Frankreich sich in den nächsten Tagen zu neuen Gewalttaten gegen das Reich anschickt, so ist damit doch noch nicht das letzte Wort über die Zukunft von Rheinland und Ruhrgebiet gesprochen, wenn das übrige Deutschland in Einheit und mit geschlossenem Willen hinter ihnen steht. Das Geschick eines Volkes ist veränderlich, das Recht aber unänderlich. Und das Recht wird doch eines Tages den Sieg erringen.

Poincarés Sonntagsreden.

Zu den Folgen der Ruhrbesetzung.
(Paris. Anlässlich der Enthüllung eines Kriegendenkmals in Champenoux bei Nancy hielt Poincaré gestern Vormittag eine Rede, deren weitestgehendster Teil der Schilderung von Kriegshandlungen gewidmet war, die sich in der Umgebung von Nancy während des Krieges abgespielt haben. Am Schlusse seiner Rede kam Poincaré auf die Folgen der Ruhrbesetzung zu sprechen und behauptete, Deutschland wolle die Realitäten nicht in Rechnung stellen. Man solle Deutschland reden und handeln lassen und abwarten, bis es sich von der Tatsache überzeugt habe. Wenn es am Rande des Abgrundes stehe, sei es immer noch Zeit, es hineinzufallen. Einen Abbruch gelte man sich hinab; wer hinunterstürze, sei aber nicht Frankreich.)

Deutschlands unter Wille steht?
(Paris. Die zweite der angefügten Sonntagsreden hielt Poincaré gestern Nachmittag in Toul. Die Rede beginnt mit einer Schilderung der auf die Festung Toul Bezug habenden Kriegshandlungen und spricht dann von den anlässlich fortgesetzten Verhandlungen, denen die Bewohner der Stadt an der ehemaligen deutsch-lothringischen Grenze von 1871 bis 1914 ausgesetzt gewesen seien. Der Zustand, der damals geherrscht habe, habe niemals eine vollkommene Ruhe zugelassen und es nicht gestattet, daß zwei benachbarte Nationen normale Beziehungen unterhielten. Wenn nach dem neuen Kriege Deutschland gewonnen worden sei, Elsass und Lothringen zurückzugeben, so habe man ihm nicht einen Quadratkilometer ohne den Willen der Bevölkerung wegenommen!). Es sei mit einer Währungsbehandlung worden. Hier die die Geschichte wenig Beispiele kenne. Damit der Frieden von morgen besser und sicherer sei als der von gestern, dürfe aber das Deutschland von morgen nicht mehr das Deutschland von gestern sein. Er befürchte, daß sich die Augen Deutschlands hierfür noch nicht völlig geöffnet hätten. Es zeige bei der Ausföhrung seiner Verpflichtungen nicht den geringsten Willen (!). Vor dem Kriege habe Deutschland nicht nur durch seinen industriellen, Handels- und Grabenerreichtum, sondern auch durch seinen landwirtschaftlichen Reichtum andere Nationen überflügelt. Dieser Wohlstand sei durch den Krieg nicht ernstlich angegriffen worden. Die augenblickliche Krise Deutschlands unterbreite nur seine Zahlungsfähigkeit, ohne sie für die Zukunft zu verringern; es fehle Deutschland, das seine Hilfsquellen und Arbeitskräfte behalten habe, nur der Wille zur Erfüllung. Frankreich sei nicht freudigen Herzens nach dem Ruhrgebiet gegangen und habe vor allen Dingen der Pfanbnahme nicht freudigen Herzens den Charakter einer militärischen Besetzung gegeben; Deutschland selbst habe die Geduld Frankreichs müde gemacht und habe selbst die Notwendigkeit von Strafmaßnahmen bewiesen. Man könne also nicht von einem militärischen Frankreich sprechen, das Gefallen an militärischen Experimenten finde. Solange Deutschland die Erfüllung hinauszieht, werde Frankreich bleiben, wo es sei. Es gebe kein befriedigendes Volk, keine gutgläubigen Menschen, die Frankreich Unrecht geben könnten.)

Erst Aufgeben des passiven Widerstandes.
(Paris. Im Triesterwald hielt gestern Nachmittag Poincaré seine dritte Rede. Er führte darin aus, die Deutschen hätten kapituliert und ihre Niederlage anerkannt. Ihr Verzicht, sich den Folgen zu entziehen und Frankreich die Früchte seines Sieges zu entreißen, werde misslingen. Es sei Zeit, daß die Deutschen erkennen, damit die französischen Dörfer wieder aus den Ruinen erheben. Frankreich habe innerhalb der Grenzen des Vertrages entsprechend den Bestimmungen der Reparationskommission Maßnahmen ergriffen. Die Soldaten, die eine Kontroll- und Schutzmission erfüllten, hätten alle deutschen Pländer zerstört und im Industriegebiet die Ordnung aufrecht erhalten. Deutschland habe gehofft, durch den Widerstand im Ruhrgebiet blutige Konflikte hervorzurufen; als es gesehen habe, daß dies nicht zu erreichen war, und daß die Ruhrbevölkerung begonnen habe, den ohnmächtigen Widerstand aufzugeben, habe es bei den Alliierten intrigiert, um sie dahin zu bringen, daß sie von Frankreich Zugeständnisse verlangten. Frankreich habe durchgehalten, ohne zu schwanken. Darauf hätten in Deutschland die Männer und die Taktik gewechselt; es habe sich mehr Geschicklichkeit und auch, wie er hoffe, mehr Aufrichtigkeit gezeigt, dennoch aber kein Verständnis für den französischen Standpunkt. Die Alliierten seien die Sieger; sie seien jedoch die wirklichen Kriegsoffer geblieben. Dieser Widerspruch müsse ein Ende finden, Deutschland müsse den Willen haben, seine Unaufrichtigkeit abzulegen.
Poincaré legte weiter dar, in einigen Wochen werde die deutsche Regierung den Widerstand nicht mehr bezahlen können, und selbst wenn er länger unterhalten werde, werde er dennoch zusammenbrechen. Es bleibe also nur übrig, festzustellen, daß der Widerstand nicht mehr dem Willen der Bevölkerung entspreche und daß diejenigen, die ihn angeordnet hätten, ihn zurückziehen müßten. Man wolle indes Frankreichs Rechte entgegen, bis eine Vereinbarung sei.

Politik bedeuten, um sagen zu können, man habe Frankreich zum Nachgeben gebracht. Dies Wandel sei zu dümm. Auch die Aussicht auf Anarchie im Dorsen Europas könne Frankreich nicht schrecken. Deutschland müsse auch mit dem passiven Widerstand ein Ende machen und müsse mit der Erfüllung von Vorbedingungen aufhören, denn Frankreich nehme keine Bedingungen an. Frankreich halte sich an die Protokolle von Brüssel, an seine Selbstbehauptung und an seine öffentlichen Erklärungen. Dem habe es nichts hinzuzufügen, und von dem habe es nichts zurückzunehmen.

Warnung der Reichsregierung gegen Unthätigkeiten.

(Berlin. Amlich. In der Öffentlichkeit sind in letzter Zeit wiederholt Gerüchte aufgetaucht über Bewegungen, die sich gegen die Staatsgewalt richten und einen Umsturz vorbereiten. Von verschiedenen Seiten sind nach dieser Richtung auch öffentliche Erklärungen ausgesprochen worden.
An der Stellung der Reichsregierung gegenüber etwaigen derartigen Versuchen kann ein Zweifel nicht bestehen. Unter dem Vorhabe des Reichspräsidenten hat am Sonnabend eine Beratung stattgefunden, an welcher der Reichskanzler, der Reichsminister des Innern, der Reichswehrminister und der Chef der Heeresleitung, General von Seeckt, teilgenommen haben. Diese Beratung hatte den Zweck, alle Maßnahmen vorzubereiten, die notwendig werden können, um derartige Bestrebungen unschädlich zu machen.
Es besteht unter den verantwortlichen Faktoren der Reichsregierung volle Uebereinstimmung darüber, daß gegenüber jedem Versuch, die Staatsgewalt zu erschüttern, von welcher Seite er auch kommen mag, sofort die erforderlichen Maßnahmen ergriffen und die der Reichsregierung genügend zur Verfügung stehenden Machtmittel des Staats eingesetzt werden.)

Politische blutige Zusammenstöße.

(Leipzig. Anlässlich einer Fabrikweibe des Stahlhelmverbandes kam es in Wiederrich (hart an der preussischen Grenze) zu blutigen Zusammenstößen zwischen Stahlhelmlieutenen und Angehörigen der Roten Hundertschaften. Die Polizei hatte den Stahlhelmlieuten eine Frier in geschlossenem Raume gestattet; sie wollten jedoch nach Wiederrich marschieren. Dabei kam es zu den erwähnten Zusammenstößen, die sich bis in die späten Nachmittagsstunden fortsetzten. Von Leipzig wurden Landespolizei und Sanitätspersonal nach Wiederrich geschickt. Auch auf preussischem Gebiet kam es zu Schlägereien. Im Kreis-Krankenhaus St. Georg wurden elf Schwerverletzte eingeliefert; davon sind drei lebensgefährlich verletzt. Nach einem unbestätigten Bericht sollen zwei Stahlhelmlieute ihren Verletzungen erlegen sein.)

(München. Zu Zusammenstößen mit Angehörigen der Linksparteien kam es am Sonnabend abend beim Hauptbahnhof, als Mitglieder des Bundes Oberland, die einen Ausflug unternahmen wollten, in kleinen Gruppen nach dem Maximilianpark zu zogen. Auch am Marienbühlplatz entstand eine lebhaft Schlägerei. In einem Falle wurde ein unbeteiligter Schloffer schwer verletzt. Die Polizei hat sofort eingegriffen und Verhaftungen vorgenommen. Eine Untersuchung über die Vorfälle ist eingeleitet.)

(Berlin. Nach einer Verlesung der kommunistischen Jugend bildete sich trotz dem Verbot ein Zug von etwa 3000 Jugendlichen, die die Rosenthaler Straße entlang marschierten. Polizeibeamte, die die Demonstrationen aufzuprechten, auseinanderzugeben, wurden bedroht und angegriffen, jedoch sie mehrmals von der Schießwaffe Gebrauch machen mußten. Ein Beamter, dem man das Seitengewehr zu entreißen versuchte, gab einen Schuß ab, durch den aber niemand verletzt wurde. Eine mitgeführte rote Fahne wurde beschlagnahmt und sieben Personen verhaftet.)

Neue Preiserhöhungen in Berlin.

Am Lebensmittelmarkt klagieren die Preise für Gemüse, Obst und Rindfleisch. Für alle anderen Lebensmittel, insbesondere für Fleisch und Fett sind neue aufkehende Preiserhöhungen zu beobachten. Margarine kostete am Sonnabend bei 32 bis 36. Schmalz kostete 36 Mark pro 1000 Gramm.

Vom deutschen Volksoffer.

Aus dem beim Deutschen Volksoffer eingegangenen Spenden aus dem In- und Auslande hat der Reichsarbeitsausschuß in seiner am 19. September abgehaltenen Sitzung den Betrag von weiteren 11 Millionen Mark für Wohlfahrtszwecke im besetzten Gebiet zur Verteilung bestimmt. Außer großen Beträgen für die Unterstützung der Ausgewählten, für notleidende Privatschulen und zu Gunsten von Schülern, denen der Schulbesuch durch die Verkehrsverhältnisse erschwert ist, sowie Summenbeträgen für Belohnung der